Nr. 592a. 37. Jahrgang. **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 21. November 1908

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

8. Sitzung vom 20. November.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Die Interpellation über das Grubenunglück in Radbod.

Auf Antrag des

Abg. **Herold** (Ztr.)

beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation.

Abg. **Krause**-Waldenburg (freik.):

Wir danken dem Minister für seine umsichtigen und sorgfältigen Feststellungen über die Ursache der Katastrophe, bitten ihn aber, noch genau nachzuforschen, wie es mit der angeblichen Unbrauchbarkeit der Berieselungsanlage bestellt ist. Hierüber muß die Oeffentlichkeit schleunigst aufgeklärt werden. An allen Maßnahmen, die geeignet sind, solchen Unglücksfällen vorzubeugen, werden meine Freunde gern und eifrig mitarbeiten. Aber wir werden uns gegen Forderungen auflehnen, die mit der Verhütung von Katastrophen nichts zu tun haben, sondern aus politischen Gründen aufgestellt werden. Zu diesen zählt in erster Reihe die Forderung nach einem Reichsberggesetz. Wir werden an einem Ausbau der preußischen Gesetzgebung freudig mithelfen, und wir teilen — das habe ich namens meiner Fraktion zu erklären — die Anschauung des Ministers über die Art, wie dieser Ausbau erfolgen soll. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. **Eickhoff** (fr. Vp.):

Zunächst möchte auch ich aussprechen, wie erschüttert meine politischen Freunde durch das schreckliche Unglück sind, das sich auf der Zeche Radbod ereignet hat, ein Unglück, wie es in der Geschichte des deutschen Bergbaues einzig dasteht. Auch wir beklagen aufrichtig die Toten und empfinden innigstes Mitleid mit denen, die durch den schweren Unglücksfall so hart betroffen sind. Wenn es in diesem Unglück einen Trost gibt, so ist es der, daß nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze zivilisierte Welt mit uns trauert. Insbesondere haben wir mit aufrichtigem Danke empfunden, daß die hochherzige französische Nation die erste war, die uns ihr Beileid ausdrückte. Mir ist die ehrenvolle Pflicht geworden, dem hohen Hause die Mitteilung zu machen, daß zahlreiche Deputierte der französischen Kammer und die französische Gruppe der interparlamentarischen Union der deutschen Gruppe ihr Beileid in einer Adresse kundgegeben hat. Diese Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

„Die französische parlamentarische Gruppe für internationale Schiedsgerichte, schmerzlich bewegt von der Nachricht über die Katastrophe in Hamm, bei der 400 Bergleute ihren Tod gefunden haben, übermittelt der deutschen Gruppe den Ausdruck der Sympathie, zugleich in Erinnerung an das Solidaritätsgefühl, das bei dem Unglück von Courrières die deutsche Arbeiterschaft kund getan hat, und an den Beistand, den sie geleistet hat." (Beifall.)

Auch das muß uns trösten, daß das deutsche Volk durch reichliche Spenden nicht gezögert hat, das Los der Hinterbliebenen zu lindern. Aber die Toten stehen nicht wieder auf. Deshalb müssen wir Vertreter des Volkes fordern, daß die Staatsregierung zunächst eine ebenso strenge wie gerechte Untersuchung anstrengt, und wenn es Schuldige gibt, diese Schuldigen zur Rechenschaft zieht. Auch wenn man die Ausführungen des Ministers billigt, bleibt noch eine Menge von Fragen übrig. Ich habe das Vertrauen zum Minister, daß er eine gründliche Untersuchung herbeiführen wird.

Die Wünsche, welche wir noch vorzutragen haben, bewegen sich namentlich nach zwei Richtungen. Sie haben wohl alle die Erklärung der Zechenverwaltung gelesen. Die Zechenverwaltung hat erklärt, daß sie niemals der Arbeiterschaft die Schuld an dem Unglück beigemessen habe. Die Arbeiter selbst aber klagen die Verwaltung an. Der Abgeordnete Sachse hat sich schon im Reichstage zum Mundstück dieser Klagen gemacht. Wenn nur ein Teil von dem, was vorgebracht wird, der Wahrheit entspräche, dann könnte unser Urteil gar nicht scharf genug sein. Die Arbeiter behaupten einmütig, die ganze Woche sei teils gar kein Wasser vorhanden gewesen, oder es habe an dem nötigen Druck gefehlt, um die Berieselung durchzuführen. Ein Steiger soll zur Entschuldigung gesagt haben, das Wasser wäre eingefroren. Die Arbeiter behaupten, der Kohlenstaub habe fingerdick gelegen. Angesichts dieser Behauptungen fragte der Abgeordnete Sachse im Reichstag: Wo ist die Bergbehörde, wo die Revierbeamten? Er knüpfte daran die Bemerkung, die Schlamperei gehe weiter, wenn nicht gerade einmal ein Unglück sich ereignet. Ich brauche nicht zu sagen, daß ich mir diese schweren Vorwürfe nicht zu eigen mache, ich führe sie nur an, um zu zeigen, welche Stimmung in den Kreisen der Arbeiter herrscht.

In jedem Falle reichen die bisherigen Schutzmaßnahmen nicht aus. Es muß möglich sein, die Unglücksfälle auf ein Minimum zu beschränken. Heute erleben wir aber fast alle Jahre solch eine schwere Grubenkatastrophe. Im vergangenen Jahre sind hier im Hause nicht weniger als drei ähnliche Unglücksfälle zur Sprache gekommen. Die Zahlen sind wahrhaft erschütternde. Der Reichstagsabgeordnete Behrends hat im „Tag" mitgeteilt, daß im Jahre 1907 290,000 Bergarbeiter Unfälle erlitten hätten, daß also jeder achte Bergarbeiter verunglückt sei. Angesichts dieser Tatsache kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß etwas geschehen muß.

Vor allem muß

die Kontrolle schärfer werden.

Daß sie auch auf der Zeche Radbod zu wünschen übrig ließ, beweist die Tatsache, daß schon am 29. Oktober kleine Explosionen erfolgt sind, diese hätten doch eine Warnung sein müssen. Als ein Mittel zur schärfsten Kontrolle sehen die Arbeiter die Schaffung von Arbeiterkontrolleuren an. Diese Forderung haben die Arbeiter auch dem Prinzen Eitel Friedrich vorgetragen. Es ist mir unverständlich, wie man solchen Kontrolleuren von vornherein Mißtrauen entgegenbringen kann. Bayern hat eine solche Einrichtung bereits geschaffen, und in England ist es üblich. Dort findet eine Verständigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern statt. So könnte es auch bei uns sein. Daß man die Arbeiter für die Sicherheit der Gruben mit verantwortlich macht, indem man Arbeiterkontrolleure anstellt, liegt im Interesse der Arbeiter selbst, denn dadurch wird ein Teil des Mißtrauens schwinden, das jetzt bei den Arbeitern vorhanden ist. Ich weiß wohl, daß das Mißtrauen, welches man der Einrichtung der Arbeiterkontrolleure entgegenbringt, zum größten Teil darin seine Ursache hat, daß die stärkste Organisation sich in den Händen der Sozialdemokraten befindet. Wären die Bergarbeiterorganisationen bei uns unpolitisch, wie in England, dann würden wir auf diesem Gebiet schon viel weiter sein. Die Sozialdemokratie ist hier ein Teil der Kraft, die zwar nicht das Gute will, aber sicher das Böse schafft. Im Interesse des sozialen Friedens muß diese gerechte Forderung der Arbeiter endlich erfüllt werden. Deshalb haben wir einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem in direktem geheimem Wahlverfahren gewählte Vertrauensmänner die Revierbeamten zu unterstützen haben.

Die Arbeiter haben dem Prinzen Eitel Friedrich auch noch eine andere Forderung gebracht: die Forderung eines Reichsberggesetzes. Das ist eine alte politische Forderung meiner Freunde. Schon 1898 ist ein dahingehender Antrag Lenzmann im Reichstag mit großer Mehrheit angenommen worden. Diese Forderung ist auch jetzt noch berechtigt. Sie ist es um so mehr, als die Berggesetznovelle sich als durchaus unzureichend erwiesen hat. Durch die Novelle ist das Nullen der Wagen beseitigt, die Arbeiterausschüsse sind für obligatorisch erklärt und die Wahl der Aufsichtsse in unmittelbarer geheimer Abstimmung mit Verhältniswahl ist zugelassen. Die Konservativen haben auch dies bekämpft. Daß diese Novelle nicht das Ideal einer sozialpolitischen Gesetzgebung ist, ist zweifellos, selbst der Maximalarbeitstag ist hier abgelehnt worden. Der Gesetzentwurf, den die Regierung damals vorlegte, war liberaler als der, der aus den Beratungen dieses Hauses hervorgegangen ist. Die Frage, ob dieses Haus seine volle Befähigung für eine Reform erbracht hat, muß ich verneinen. Ich freue mich aber, aus den Ausführungen des Vorredners zu sehen, daß in den Anschauungen der Rechten ein gewisser Wandel eingetreten ist. Vielleicht ist doch noch eine Verständigung möglich. Wir werden nicht müde werden, die Forderung nach einem Reichsberggesetz zu vertreten. Hier handelt es sich gar nicht um eine Parteifrage, sondern um die Erfüllung einer einfachen Menschenpflicht, die wir fordern. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Leinert** (soz.):

Das Massenunglück von Hamm ist ein neuer Beweis für die Sorglosigkeit, mit der die bei der Borussia-Debatte abgegebenen Erklärungen der Regierung von den Bergbehörden befolgt worden sind. Bei einem Besuch im Saarrevier wurde mir dieser Tage von Bergleuten gesagt: Es ist nur ein Glück, daß diese Katastrophe sich nicht wie die letzte in Saararabien, sondern im Ruhrrevier zugetragen hat. Die Bergleute sind nämlich der Ueberzeugung, daß bei jenem Unglück in Saararabien die Wahrheit über die Ursachen nicht an den Tag gekommen ist. Zu den Ruhrbergleuten hat man in Bergmannskreisen mehr Vertrauen wie zu denen in Saararabien, man hofft, daß sie eine genaue Feststellung der Wahrheit in diesem Falle durchsetzen werden.

Die Unglücksfälle im Bergbau sind so häufig und so schwer, daß längst etwas für die Bergarbeiter hätte geschehen müssen. Die Bergleute meinen, sie müssen ihr Leben einbüßen, sonst können die Zechenbesitzer kein Geld verdienen. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Ja, Sie lachen, aber Sie kommen ja mit Bergleuten nicht zusammen. (Widerspruch rechts.) Wir haben das jedenfalls Bergleute gesagt. Die Berieselung in Radbod war keineswegs ausreichend. Dazu war die Grube staubreicher als andere Gruben. War die Wasserleitung aber nicht in Ordnung, so müßte der Schutz der Arbeiter auf anderem Wege erstrebt werden. Nur wenn Besuch kam, war alles in Ordnung. Das Vieh auf dem Lande hat mehr Schutz als die Bergarbeiter. (Oho! rechts.) Der Wetterstrom mag ausreichend gewesen sein, aber er ist nicht überall hingekommen. Das haben mir zuverlässige Leute gesagt. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Namen nennen!) Erwarten Sie nicht, daß ich für die schwarzen Listen neue Namen liefere. Herr Minister, zu Ihnen hat kein Bergarbeiter mehr das Vertrauen, daß Sie Leben und Gesundheit der Arbeiter schützen. (Lebhafter Widerspruch und Lachen rechts.) Daß ist Ihnen (nach rechts) natürlich unbequem. (Zurufe: Nein! Unrichtig ist es!) Die Bergbehörde dürfte die Untersuchung nicht leiten, sie mußte verantwortlich gemacht werden. Es war ja nicht einmal Trinkwasser da! Nach dem Redener Unglück hat Herr Delbrück sich gegen die gesetzliche Einführung der Arbeiterkontrolleure erklärt. Heute ebenso. Warum? Die Regierung sollte doch lieber sich das Vertrauen der Arbeiter erwerben als das der Grubenbesitzer!

Im Ruhrgebiet wird seit langem mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter Schindluder gespielt (Heiterkeit und Oho! rechts und bei den Nationalliberalen), und auf der Zeche Radbod ganz besonders. Es war kein Wasser da, das wird zugestanden. Wäre es dagewesen, so hätte man den Grubenbrand in einer halben Stunde löschen können. Der Generaldirektor erklärte einfach: Jeder vernünftige Mensch muß sagen, daß hier niemand mehr zu retten ist. Wir müssen den Schacht einmauern, sonst geht uns die ganze Zeche zunichte." Das ist doch nichts als die Aeußerung der Sorge um das Kapital! Nicht um die begrabenen Bergleute! Mein Freund Sachse hat heute ein Telegramm aus dem Ruhrgebiet erhalten, daß nach der Katastrophe ein Bergmann und ein Lampenmeister noch oben gekrochen sind, und daß sie gerettet werden konnten. Wenn das wirklich der Fall ist, dann stehen wir vor der empörenden Tatsache, daß die Bergleute auf Grube Radbod

lebend eingemauert

worden sind! (Lebhafte Bewegung, Widerspruch rechts.) Sie hätten vielleicht gerettet werden können. Ich will die Erregung der Bergleute nicht noch schüren (ironische Zurufe rechts und bei den Nationalliberalen), aber es ist Tatsache, daß diese Meinung bei ihnen herrscht.

Die Revisionen der Gruben sind eine Farce; alles wird für die Revisionen vorbereitet. Auf Zeche Radbod wurde jeder Arbeiter, ob er etwas vom Bergbau verstand oder nicht, angenommen. Für die Unternehmer war die Grube Radbod eine Goldgrube. Aber weil sie das sein sollte, wurde sie zu einer Totengrube für die Arbeiter! Nicht auf der Zeche, sondern in den Bankkontoren ward festgesetzt, was zur Bekämpfung der Unfälle aufgewendet werde soll. Die Zechenbesitzer stehen mit der königlichen Verwaltung in engster Beziehung, sie heiraten da hinein. Auch von dieser Stelle muß ausgesprochen werden: Interessieren Sie sich nicht nur für die Dividende, sondern auch für das Leben der Arbeiter. An der Dividende klebt das Blut der Arbeiter. (Unruhe.) Der Redner nennt die Namen einer Reihe von Besitzern von Gruben. Ich habe diese Namen genannt, um Ihnen das Gewissen zu schärfen. (Heiterkeit.)

Der preußische Landtag würde sich den Dank der Bergarbeiter sichern, wenn er auf weitere Tätigkeit auf diesem Gebiete verzichtete und ein Reichsberggesetz ermöglichte. Das Rufen nach Arbeiterkontrolleuren wird nicht verstummen. Man will sie nicht geben, weil es Sozialdemokraten sein könnten. Gerade die Organisationen sind es gewesen, die die Bergarbeiter jetzt zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt haben. (Lebhafter Widerspruch und Lachen rechts.) Man gewähre endlich ein Reichsberggesetz. Unverzüglich aber ziehe man die Schuldigen zur Verantwortung ohne Rücksicht auf das Grubenkapital. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Präsident **v. Kröcher**:

Wie ich aus dem Stenogramm ersehe, hat der Abg. Leinert der Bergverwaltung bewußte Irreführung vorgeworfen. Ich muß das als unzulässig bezeichnen.

Minister Dr. **Delbrück**:

Der Abg. Leinert hat meine Mitteilung bemängelt über die Feststellungen, die ich bei meiner Anwesenheit auf der Zeche Radbod gemacht habe. Ich habe dazu zu bemerken: Mein Kommissar war am Donnerstag Abend auf der Zeche eingetroffen, ich selbst am anderen Nachmittag. Ich hatte unterwegs eine Reihe von Preßäußerungen gelesen und darunter auch die Behauptung, die Rieselanlage sei in Unordnung gewesen. Ich wandte mich deshalb unmittelbar nach der Ankunft auf der Zeche an meinen Kommissar: Was wissen Sie darüber? Er antwortete: Mir ist diese Angabe auch entgegengetreten und ich hatte mich an die Beamten und Mitglieder des Arbeiterausschusses gewendet, habe aber bisher die Antwort erhalten, es sei alles in Ordnung gewesen. Herr Leinert meint weiter, die Bergbehörde habe die Untersuchung nicht führen dürfen, weil sie befangen sei. Von der Bergbehörde ist aber nur die Voruntersuchung geführt worden. Auf Grund des § 158 der Strafprozeßordnung ist die Staatsanwaltschaft berechtigt, selbständig die erforderlichen Ermittelungen anzustellen, sobald sie Anzeichen von dem Verdacht einer strafbaren Handlung erhält.

Nun eine Bitte an Herrn Leinert! Er hat hier eine ganze Reihe von Aussagen von Bergleuten über die Zustände auf der Zeche und die vermutliche Ursache des Unglücks vorgetragen. Ich sehe es als selbstverständlich an, daß er bereit sein wird, mir diese Zeugen zu benennen, da ich nur so in der Lage bin, einzugreifen. (Lebhaftes Sehr richtig. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn er nicht die Namen bekannt gibt, dann habe nicht ich die Schuld, wenn die Wahrheit nicht an den Tag kommt (Lebhafte Zustimmung), sondern die, die die Oeffentlichkeit durch alle möglichen unwahren Behauptungen beunruhigen und dann nicht unter dem Eid für ihre Behauptungen eintreten wollen. (Starker Beifall; Zurufe von den Sozialdemokraten: Reif für den Schwarzen Adlerorden!)

Abg. **Schulze-Pelkum** (kons.):

Die berechtigte Erregung des Volkes über die Hammer Katastrophe wird noch erhöht durch die Verbreitung unkontrollierbarer und sensationeller Nachrichten, wie sie namentlich die General- und Lokalanzeigerpresse leistet, die sich lieber Skandalpresse nennen möchte. Noch schlimmer aber ist das Treiben der Sozialdemokratie und ihrer Presse. Mit der großen Mehrheit des Hauses sind meine Freunde einig in der Ueberzeugung, daß solche großen Katastrophen nicht parteipolitisch ausgeschlachtet werden dürfen. Die sozialdemokratische Presse tut dies. Redner verliest einige auf das Hammer Unglück bezügliche Artikel der Dortmunder Arbeiterzeitung. Die Sozialdemokraten beantworten die Verlesung der einzelnen Sätze mit Rufen: Sehr wahr, sehr richtig!) Auch die Sprüche auf den roten Schleifen der Kränze für die Hammer Opfer beweisen, wie die Sozialdemokratie für ihre Parteiziele Kapital aus dem Unglück schlagen will. Der Redner verliest einige dieser Inschriften; von den Sozialdemokraten wird ihm zugerufen: Das ist ein Bibelspruch! Große Heiterkeit.) Das weiß ich, ich beglückwünsche Sie zu Ihrer Bibelkenntnis! (Beifall rechts). Die Versammlungen, die die Sozialdemokratie am Sonntag abgehalten hat, als sich das Grab über den Opfern des Unglücks noch nicht geschlossen hatte. (Zuruf bei den Sozialdem.: Doch, sie waren ja schon eingemauert!), als sich das Grab über den 36 Geborgenen noch nicht geschlossen hatte, da wurden hier in Versammlungen der Sozialdemokraten Reden gehalten, die den Gipfel der Roheit darstellen. (Lebhafter Beifall rechts.) Das sind Hetzereien. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein, das sind Wahrheiten.) Nun, wenn Sie das nicht Hetzen nennen, was nennen Sie denn Hetzen? (Gelächter bei den Sozialdemokraten, Beifall rechts und in der Mitte.) Nun zum Abg. Leinert. Wenn er nicht beweisen kann, was er hier behauptet hat, so wird er sich gefallen lassen müssen, daß man auf ihn in Zukunft kein Gewicht legt. Wie kann er auf so beweislose Behauptungen hin so schwere Bezichtigungen gegen die Bergbehörden erheben? Das ist unverantwortlich.

Wir vertrauen, daß die Untersuchung streng und rücksichtslos geführt wird. Mit einem erhöhten Bergarbeiterschutz sind wir einverstanden. Ein Reichsberggesetz lehnen wir ab. Wird uns eine Vorlage über die Erhöhung und Verteilung der Verantwortung unterbreitet, so werden wir sie gewissenhaft prüfen. Ich möchte diesen Platz aber nicht verlassen, ohne die Hoffnung auszusprechen, daß den preußischen Bergbau in Zukunft eine solche Katastrophe nicht wieder beschert werde. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):

Es ist natürlich, daß hier die Frage erörtert werden mußte, ob und wer der Schuldige an dem Unglück ist. Wir fordern eine gründliche, strenge und gerechte Untersuchung. Aber wir fordern auch, daß den Angegriffenen Gelegenheit für ausgiebige Selbstverteidigung gegeben werde. Herr Leinert hat uns hier zwei Stunden lang mit Dingen unterhalten, über die wir leider alle miteinander noch nichts Rechtes wissen; er konnte das nur deshalb, weil er völlig beweislose Behauptungen seine ganze Darlegung stützte. Wir haben zu dem Handelsminister das Vertrauen, daß er die Untersuchung gründlich führen wird, und daß er auch für Maßnahmen sorgen wird, die uns vor der Wiederkehr so ungeheurer Katastrophen nach menschlichem Ermessen bewahren können. Freilich dem sachverständigen Minister trat ja ein anderer Sachverständiger gegenüber — Herr Leinert. (Sehr gut! bei rechts, beim Zentrum und den Nationalliberalen.) Herr Leinert wird aber bei der Art, wie er operiert hat, nicht erwarten können, daß wir den Weg gehen, den er uns gezeigt hat. Die Behauptung, die Bergarbeiter werden schlechter behandelt als das Vieh, ist geradezu skandalös. (Sehr wahr!) Ein solcher Ton und eine solche Gesinnung war bisher in diesem Hause nicht anzutreffen. (Lebhafte Zustimmung. Abg. Hoffmann: Ist aber notwendig! Heiterkeit.) Ja, man hält manches für notwendig, wenn man im Mittelpunkt dieser vermeintlichen Notwendigkeit steht. (Heiterkeit.) Kennt Abg. Leinert die Namen seiner Gewährsmänner nicht, so zeigt er, daß es ihm weniger auf die Aufklärung der Sache als auf den Agitationsstoff ankommt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bergarbeiter haben nach Leinerts Rede allen Anlaß, der Sozialdemokratie weniger Vertrauen entgegenzubringen, als dem Minister. Nach dem „Vorwärts" hat sich unmittelbar nach der Grubenkatastrophe ein Mann vorgedrängt und es ist der alte „Arbeiterfeind" Hilck gewesen. Also der frühere Abgeordnete Hilck, der schon seit zwei Monaten tot ist. (Heiterkeit. Lärm bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch eine derartig liederliche Redaktion, daß Sie (zum Abg. Borgmann) sie nicht in Schutz nehmen können. Als Abg. Leinert die Namen der Grubenbesitzer verlas, habe ich mich gewundert, wie arg die Sozialdemokratie wissenschaftlich herabgekommen ist, Herr Leinert sollte einige Privatissima bei seinem Freund Bernstein hören. (Heiterkeit.)

Eines Reichsberggesetzes bedarf es nicht. Auch in diesem Hause fehlt es nicht an sozialpolitischem Verständnis. Auch in der Gesetzgebung dieses Hauses wird stets soziale Gerechtigkeit herrschen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagt sich.

Minister Dr. **Delbrück**

bedauert, daß es ihm morgen noch nicht möglich sein werde, die Interpellation über die Arbeitslosigkeit zu beantworten.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Leinert** (soz.):

Ich bin bereit, dem Minister die Namen meiner Gewährsmänner zu nennen, wenn der Minister die Versicherung gibt — —

Präsident **v. Kröcher**:

Das ist nicht persönlich. Sie dürfen aber berichtigen, was Sie selbst gesagt haben, oder sich gegen scharfe Angriffe verteidigen. (Heiterkeit.)